

II-3496 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1733 /J

1985 -11- 27

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr.TAUS, Dr. SCHÜSSEL, GRAF  
und Kollegen

an den Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr  
betreffend die politische Verantwortung des Bundesministers  
für das Verstaatlichten-Debakel

Am 15.11.1985 stellte der für die Verstaatlichte Industrie  
verantwortliche Bundesminister Dkfm.Ferdinand Lacina fest,  
daß bei den "Wirtschaftsergebnissen der verstaatlichten  
Betriebe im Jahre 1985 eine Verbesserung in nahezu allen  
Bereichen"feststehe.

11 Tage später erklärte der gesamte Vorstand der VOEST-  
Alpine seinen Rücktritt, weil die Verluste im VOEST-  
Alpine-Konzern auf angeblich 4,2 Mrd.Schilling für das  
Jahr 1985 angewachsen sind.

Der verantwortliche Ressortminister Dkfm. Lacina erklärte  
gestern in einer Pressekonferenz, daß er und die ÖIAG  
von der dramatischen Situation bei der VOEST überrascht  
worden seien.

Dieser Verantwortung des zuständigen Bundesministers steht  
gegenüber:

- o Schon seit 1982 machte das Stahlwerk in Bayou Verluste,  
die sich nummehr voraussichtlich zu einem Gesamtverlust  
von 5 Mrd.S summiert haben.

- o Schon bei Baubeginn des Zellstoffwerkes in Pöls war allen Beteiligten klar, daß dieses Werk nie mit 2,5 Mrd.Schilling gebaut werden kann; es kostete schließlich 3,3 Mrd.Schilling und der dort erzeugte Zellstoff kann heute nur mit großen Verlusten verkauft werden. Allein heuer ist mit einem Jahresverlust von 450 Mio.Schilling zu rechnen.
- o Auch die Kooperation der VOEST mit AMI stand von Anfang an unter keinem guten Stern. Dieses Joint Venture produziert voraussichtlich einen Verlust in der Höhe von ca. 300 Mio.Schilling allein im Jahre 1985.
- o Die VOEST-Handelsfirma Intertrading betreibt seit einiger Zeit risikoreiche große Rohölhandelsgeschäfte vor allem mit dem Iran und Nigeria; unter anderem aus diesen Geschäften wird im Jahre 1985 nunmehr ein Verlust von fast zwei Milliarden Schilling zu verzeichnen sein.

Während im Jahre 1970 die ÖVP-Alleinregierung die verstaatlichten Betriebe mit einem Gewinn von 1,4 Mrd.S an die sozialistische Alleinregierung übergeben hat, benötigten die sozialistische Allein- bzw. die sozialistische Koalitionsregierung bisher bereits Bundeszuschüsse von 26,1 Mrd.Schilling für die Verstaatlichte Industrie. Trotz dieser riesigen Bundeszuschüsse ist der Anteil der Eigenmittel am Gesamtkapital von 1974 bis 1984 von 38,4 % auf 17,4 % zurückgegangen. Die Zahl der Beschäftigten ist gleichzeitig um 19.000 gesunken.

Aufgrund der dramatischen Entwicklung in den letzten Tagen, vor allem im Konzernbereich der VOEST-Alpine, ist nunmehr ein neuer gewaltiger Finanzbedarf der Verstaatlichten Industrie zu erwarten, der wiederum vom Steuerzahler aufgebracht werden muß.

- 3 -

Während der VOEST-Vorstand von sich aus die Konsequenzen gezogen hat, blieb dies auf politischer Ebene bis jetzt aus.

Das zuständige Mitglied in der Bundesregierung - das diese politische Verantwortung zunächst als Staatssekretär im Bundeskanzleramt und sodann als Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr ausgeübt hat - hat entweder um die Situation gewußt und die Öffentlichkeit falsch informiert oder die dramatische Entwicklung im Bereich der Verstaatlichten Industrie nicht rechtzeitig erkannt. Jedenfalls wurde nicht gehandelt !

Mit dem Verstaatlichten-Debakel der sozialistischen Koalitionsregierung ist aber auch gleichzeitig ein Kernstück sozialistischer Ideologie gescheitert.

Dies machte Bundesminister Dkfm. Lacina im Jahre 1984 selbst deutlich, als er meinte:

"Wenn der Nachweis nicht gelingt, daß staatliche Unternehmen wirtschaftlich geführt werden können, daß unser Modell der gesamtwirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse funktioniert, so sehe ich nicht nur die Existenz des einen oder anderen Betriebes gefährdet, sondern auch das politische Konzept, für das ich stehe."

Dieses "politische Konzept" ist vor aller Öffentlichkeit gescheitert.

Und zwar unter Federführung von Dkfm. Lacina, der seit Oktober 1982 in der Regierung für die Verstaatlichte Industrie zuerst als Staatssekretär und dann als Minister zuständig war.

Zur Klarstellung der politischen Verantwortung beim Verstaatlichten-Debakel der sozialistischen Koalitionsregierung, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den

Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr  
folgende:

A n f r a g e :

- 1) Warum haben Sie noch vor 12 Tagen erklärt, daß bei den "Wirtschaftsergebnissen der verstaatlichten Betriebe im Jahre 1985 eine Verbesserung in nahezu allen Bereichen" feststehe ?
- 2) Ist Ihr politisches Konzept angesichts der Tatsache der neuerlichen großen Verluste in weiten Bereichen der Verstaatlichten Industrie gescheitert ?
- 3) Können Sie wenigsten nunmehr ausschließen, daß die Verluste der VOEST-Alpine im Jahre 1985 nicht höher als 4,2 Mrd.Schilling sein werden ?
- 4) Welche Begründung im Detail hat Ihnen der VOEST-Vorstand für seinen Gesamtrücktritt bekanntgegeben ?
- 5) Wer führt - und auf welcher Rechtsgrundlage - nach dem Rücktritt des Vorstandes derzeit die Geschäfte der VOEST-Alpine ?
- 6) Seit wann haben Sie von den sich abzeichnenden Verlusten bei dem Engagement der VOEST in Bayou gewußt ?
- 7) Wieso haben Sie bei diesem Projekt nicht schon früher etwas unternommen ?
- 8) Wie hoch sind die Verluste aus dem Engagement in Bayou ?
- 9) Wie hoch sind die Verluste beim Zellstoffwerk Pöls ?

- 5 -

- 10) Seit wann haben Sie von diesen sich abzeichnenden Verlusten gewußt ?
- 11) Wie hoch sind die Verluste bei AMI in Unterpremstätten?
- 12) Seit wann haben Sie von diesen sich abzeichnenden Verlusten gewußt?
- 13) Wie hoch sind die Verluste bei der VOEST-Alpine-Intertrading Gesellschaft m.b.H.?
- 14) Seit wann haben Sie von diesen sich abzeichnenden Verlusten gewußt?
- 15) Wie hoch sind die Verluste im Bereich der Finalindustrie ?
- 16) Seit wann haben Sie von diesen sich abzeichnenden Verlusten gewußt?
- 17) Welche Beschlüsse wird der Vorstand der ÖIAG in der außerordentlichen Hauptversammlung der VOEST-Alpine am 29.11.1985 beantragen?
- 18) Ist bei der VOEST-Alpine eine Kapitalzufuhr durch die ÖIAG beabsichtigt ?
- 19) Wenn ja, in welcher Höhe ?
- 20) Welche Konsequenzen ziehen Sie persönlich aus dem Versagen Ihrer Verstaatlichten-Politik?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner vor Eingang in die Tagesordnung Gelegenheit zur Begründung zu geben.